

01) „Flucht und Vertreibung“ im Fach Geschichte.

Mündliche Abiturprüfung zum Thema Flucht und Vertreibung in Fulda

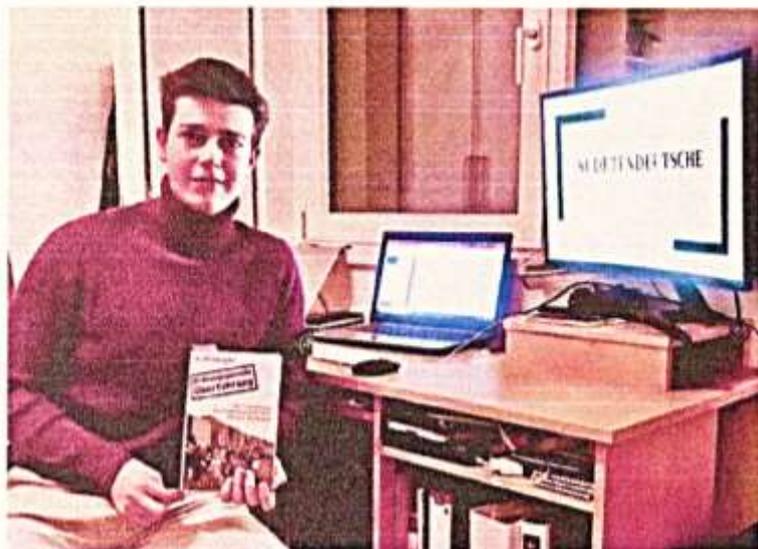
„Flucht und Vertreibung“ im Fach Geschichte

Mündliche Abiturprüfung zum Thema Flucht und Vertreibung in Fulda

Der Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen bestätigt der Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Vertreibung, ihren Folgen und dem damit verbundenen kulturellen Erbe“ eine nicht nachlassende Relevanz und greift damit ein wichtiges Anliegen auf. Die Aufgabe bestehe darin, gerade auch junge Leute an diese Thematik heranzuführen, um die Erinnerung in die Zukunft zu tragen und zu verdeutlichen, welche Folgen mit einem übersteigerten Nationalismus verbunden sind.

Aus diesem Grund hat Hessen als erstes Bundesland das Thema „Flucht und Vertreibung“ im Kerncurriculum Geschichte für die Oberstufe verpflichtend verankert und auch zum Abiturprüfungsfach für die schriftliche Abiturprüfung erhoben. Zum ersten Mal hat sich in diesem Jahr Christian Geiger, Abiturient der Rabanus-Maurus-Schule in Fulda, auch bekannt als Domgymnasium, dieser Herausforderung gestellt und seine mündliche Abiturprüfung zu dieser Thematik erfolgreich absolviert.

Das herausfordernde Thema seiner Abituraufgabe lautete: „Die Sudetendeutschen – Täter oder Opfer? Diskutieren Sie die mehrheitliche politische Haltung der Sudetendeutschen in den dreißiger Jahren und setzen Sie diese in Beziehung zu den sog. Beneš-Dekreten. Bewerten Sie die im Thema enthaltenen Problemfragen“. Die Aufgabe bestand darin, zu einer Aussage, Problemstellung oder These eine Argumentation zu entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt. Unter Verwendung von Fachwissen und Fachmethoden sollte eine begründete Einschätzung gegeben und die eigenen Maßstäbe begründet dargelegt werden.



Der 18-jährige Christian Geiger, der selbst keinen familiären Bezug zur Vertreibungsthematik hat, hat sich mit den Sudetendeutschen beschäftigt.

Als Literaturquelle dieser anspruchsvollen Vorgabe wurde auf das Buch von Ray M. Douglas verwiesen: „Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012“.

Der 18-jährige Christian Geiger, der selbst keinen familiären Bezug zur Vertreibungsthematik hat, bereitete dazu eine 38-seitige Präsentation vor, die im Ergebnis überzeugte und mit der Benotung gut (2+) bewertet wurde.

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf gratulierte dem erfolgreichen Abiturienten herzlich zu seiner Leistung und überreichte ihm das genannte Werk als Buchgeschenk. „Das ist eine wirklich anspruchsvolle Aufgabenstellung, die er mit Bravour gemeistert hat“, so Margarete Ziegler-Raschdorf. Die Landesbeauftragte freute sich zudem, dass Christian Geiger die Themenstellung so interessant fand, dass er sich über die Abiturprüfung hinaus mit dieser Materie

beschäftigen will.

„Immer wieder neu gilt es zu betonen, dass Flucht und Vertreibung von 15 Millionen Deutschen ein wichtiger Teil unserer deutschen und der europäischen Geschichte sind. Mit dieser Geschichte müssen wir uns beschäftigen, um Orientierung in der Gegenwart und für die Zukunft zu gewinnen. Durch die Aussage im Koalitionsvertrag, dem Themengebiet Flucht, Vertreibung und Aussiedlung im Schulunterricht künftig einen besonderen Platz einzuräumen, erhoffe ich mir, dass sich noch mehr junge Menschen dieses Themas annehmen werden. Denn es ist von Bedeutung, dass wir uns auf die Fundamente unserer eigenen Geschichte und der Kultur der ehemaligen Ostgebiete besinnen. Nur eine starke, in unseren Werten begründete Identität ist die beste Prävention gegen Gewalt und einen aggressiven Nationalismus“, so die Landesbeauftragte. (PM)

02) Kontrovers erinnern – nicht ignorieren.

In den Berliner Rahmenlehrplänen gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs

Von Peter Stolz, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin e.V. im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands

Kontrovers erinnern – nicht ignorieren

VON PETER STOLZ

” Vor 150 Jahren, am 18. Januar 1871, wurde im Versailler Spiegelsaal das Deutsche Kaiserreich proklamiert. Vor 50 Jahren wurden deshalb im Reichstagsgebäude Räume für die Dauerausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte: Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart“ geschaffen. Darin wurde seit 1974 die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs kontrovers thematisiert. Nahezu jeder Schüler und jede Schülerin aus Berlin, aber auch viele Jugendliche aus anderen Bundesländern kamen hierher.

Die Ausstellung „Preußen - Versuch einer Bilanz“ wurde vom August bis zum November 1981 von den Berliner Festspielen im Martin-Gropius-Bau präsentiert. Sie war ein historischer Höhepunkt und ein großer Erfolg, da sie einen Paradigmenwechsel in der historischen Betrachtung Preußens einleitete. Heute aber, 150 Jahre nach der Reichsgründung, gibt es keine offizielle Ausstellung und keine große, kontroverse Gedenkveranstaltung.

In der Berliner Schule hat man schon vor Jahren dazu eine konsequente Entscheidung getroffen: In den Rahmenlehrplänen des Faches Geschichte gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918).

In den Berliner Rahmenlehrplänen gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs

Müssen Berliner Schülerinnen und Schüler das Deutsche Kaiserreich nicht kennen?

Die Charité – zur Zeit ein komplexes, mediales Ereignis – erlebte im Kaiserreich ihren spektakulären Aufstieg. Nobelpreisträger in Physik, Chemie und Medizin waren in dieser Zeit oftmals Deutsche. Hitler wurde 1889 geboren, die beiden ältesten Parteien Deutschlands, die SPD und die CDU – mit ihrem Vorläufer, dem Zentrum – gab es schon im Kaiserreich.

Am 1. Januar 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in Kraft. Viele der damals festgelegten Grundzüge des deutschen Zivilrechts gelten bis heute. Das BGB wurde international rezipiert und hinterließ seine Spuren in dieser Zeit weltweit in anderen Rechtsordnungen. Auch in der Schweiz nahm das Zivilgesetzbuch (ZGB) von 1907 Erfahrungen des deutschen BGB auf. Das kaiserliche Strafgesetzbuch von 1872

hat das StGB von heute ebenfalls grundlegend beeinflusst – auch wenn heutzutage viele damalige Regelungen kontextbedingt verändert oder abgeschafft wurden. Der Rechtsstaatsgedanke im Kaiserreich war im Gegensatz zu heute nicht wertebasiert, aber er war schon sehr tief verankert und in der Reichsverfassung als dritte Gewalt deutlich ausgewiesen.

Doch genau wie in anderen Staaten Europas, etwa in Frankreich mit der Dreyfusaffäre, in Russland mit den zahlreichen Pogromen gegen Juden, war auch das Kaiserreich vom damaligen, europäischen Zeitgeist des Antisemitismus und des radikalen und aggressiven Nationalismus geprägt. Das Deutsche Reich stand damit nicht allein, sondern war Teil einer europäischen, imperialistischen und kolonialistischen Gewaltpolitik, die andere Kontinente und ihre Bevölkerung rassistisch demütigte und radikal ausbeutete.

Aber es war eben auch eine ökonomisch hoch moderne Gesellschaft, eine innovative Marktwirtschaft, die zwar auf Verelendung der Arbeiter aufgebaut war, doch durch die aufsehenerregenden Wachstumsraten am Ende des Kaiserreichs auch den Arbeiterinnen und Arbeitern bescheidenen Wohlstand bieten konnte: Die SPD zog daraus mehrheitlich ihre Konsequenzen und verabschiedete sich größtenteils von der marxistischen Klassenkampftheorie. Nur deshalb konnte sie in der Weimarer Republik mit Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert, Gustav Scheidemann und Hermann Müller eine der staatstragenden Parteien der Weimarer Koalition werden.

Müssen Berliner Schülerinnen und Schüler diese kontroverse Vorgeschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus nicht kennen?

Auch globalgeschichtliche Fragestellungen und ein modernisierungstheoretischer Ansatz können die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs nicht ignorieren. Geschichte als Reflexionsfach und als Kern demokratischer Bildung kommt ohne die kontroverse Betrachtung der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs nicht zur vollen Entfaltung. Wir sollten Berliner Schülerinnen und Schüler dieses Lernfeld nicht mehr versagen, sondern kontrovers und öffentlichkeitswirksam an 150 Jahre Deutsches Kaiserreich erinnern und gedenken.



Peter Stolz ist seit 2012 Berliner Landesvorsitzender des Verbands der Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer Deutschlands

Aus: Der Tagesspiegel, 09.02.2021, S. 13.

Zum Thema Geschichte des Kaiserreiches siehe die folgenden Beiträge aus dem „Deutschen Ostdienst“ (DOD) und auch die Zusammenstellung im AWR-Nr. 783 v. 04.02.2021, S. 72 bis 77: „Reichsgründung vor 150 Jahren soll totgeschwiegen werden“, sagt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ http://www.westpreussen-berlin.de/AGOM_WBW-Rundbriefe/783_geteilt/783__Part_72-79.pdf.

03) Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen *)



Aus: DOD 01/2021, Titelseite der neuen Ausgabe

*) Anm. der Red.: Nicht alle, aber ein Teil der Deutschen, die vorher schon im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ zusammengeschlossen waren!

03.a) Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen. Reichsgründung und Kaiserreich als Gegenstand geschichtspolitischer Debatten
Von Markus Patzke

Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen

Reichsgründung und Kaiserreich als Gegenstand geschichtspolitischer Debatten

„Seine Königliche Hoheit der Kronprinz lässt Ihnen sagen, dass Sie hier etwas Ihres Pinsels Würdiges erleben würden, wenn Sie vor dem 18. Januar hier eintreffen können.“ Die Aufforderung des preußischen Kronprinzen Friedrich erreichte den 27-jährigen Maler Anton von Werner am 15. Januar 1871 in Karlsruhe, während er mit seiner Braut Malvina Schlittschuh lief. Dem Kronprinzen war er bekannt, weil Werner im Verlauf des deutsch-französischen Krieges bereits 1870 einige Monate in Mannheim, im Hauptquartier der III. Armee, die unter dem Befehl Friedrichs stand, zugebracht hatte. Unverzüglich und in Erwartung großer Ereignisse machte Werner sich auf den Weg nach Paris.

Erst der Versailler Schneider, bei dem sich Werner am Morgen des 18. Januar einen Frack leihen musste, konnte ihm den Anlass seiner Reise sagen: Die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser. Eine Formsache, denn genau genommen war der König bereits seit dem 1. Januar 1870 Kaiser. Der 18. Januar als Tag der Proklamation ging auf den Wunsch des Königs zurück, der damit an die besondere Bedeutung des Datums in der preußischen Geschichte erinnern wollte. 170 Jahre zuvor, am 18. Januar 1701, hatte sich Kurfürst Friedrich III. im Königsberger Schloss zum ersten König in Preußen gekrönt. Die Koinzidenz der Gründungstage hatte aber mehr als Symbolcharakter, war das neue Deutsche Reich doch eine preußische Gründung und Wilhelm unterstrich den beispiellosen Aufstieg des Geschlechts der Hohenzollern von unbedeutenden brandenburgischen Kurfürsten zum deutschen Kaiserthron. Seit 1701 ist der



Die dritte Version der Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. als Kaiser von Deutschland in Versailles von Anton von Werner aus dem Jahr 1885. Die ersten beiden Versionen wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört. Das Gemälde ist die einzige Fassung, die den Krieg überlebt hat und die am häufigsten reproduzierte. Öffentlich zugänglich ist es bei der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh.

18. Januar zudem der Tag des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler; dem Hausorden der Hohenzollern.

In den Jahren nach 1870 schuf Anton von Werner vier Gemälde der Kaiserproklamation, es war zugleich sein Durchbruch als Maler. 1877 wurde das erste Bild der Galerie im Berliner Stadtschloss hinzugefügt, dem 1882 eine weitere Fassung für die Ruhmeshalle am Zeughaus folgte. Nur eine dritte Fassung von 1885, ein Geschenk zum 70. Geburtstag Bismarcks, blieb an dessen letztem Wohnsitz erhalten und ist heute im Bismarck-Museum Friedrichsruh öffentlich zugänglich. Sie ist das am meisten reproduzierte Bild zur Kaiserproklamation, auch wenn es am weitesten vom tatsächlichen Geschehen des 18. Januar 1871 entfernt ist. Bismarck trug in der Realität nicht den weißen Kürassierock,

sondern dunkelblau, der Orden pour le mérite wurde ihm erst 1884 verliehen, der Kaiser trug das Eichenlaub zum pour le mérite erst ab 1873 und Albrecht von Roon, der krankheitsbedingt bei der Zeremonie fehlte, wurde wegen seiner engen Verbindung zu Bismarck hinzugefügt.

Besser als sein Ruf

Das Gemälde steht heute ikonographisch für den Akt der Staatswerdung Deutschlands, für die Reichsgründung als symbolischen Akt, der staatsrechtlich ohne Belang war. Wirksam geworden war der Fürstenbund bereits vorher mit einer neuen Verfassung. Deutschland war nun eine konstitutionelle Monarchie und hatte damit die in Europa übli-



Kaiser Wilhelm II, König von Preußen in Uniform. Er folgte seinem Vater, Kaiser Friedrich III., 1888 nach dessen 99-tägiger Regierungszeit auf den Thron.

che Staatsform.

Was das Bild nicht zeigt: Der Akt der Proklamation vollzog sich in typisch preußisch-nüchtern Bescheidenheit am Feldaltar statt auf einem Thron, im Mittelpunkt stand eine Gottesdiensthandlung. Das zeigt die Dominanz der Uniformen im Gemälde nicht, die aber dazu beigetragen haben, das Klischee des aggressiven Militärstaates „Deutsches Reich“ zu transportieren, bis in die Gegenwart.

Zunächst einmal wurde mit der Reichsgründung der Traum von der nationalen Einheit der Deutschen verwirklicht. Es war ein Geniestreich Bismarcks, der diese Einheit ermöglichte. Nicht so, wie es sich die bürgerliche Freiheitsbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts vorgestellt hatte, sondern als Fürstenbund. Aber als Nationalstaat, der sich schnell zum modernsten Rechts- und Sozialstaat Europas entwickelte, der einen Aufschwung in Wissenschaft und Technik nahm, um den er weltweit beneidet wurde.

Das „Bürgerliche Gesetzbuch“ von 1900 ist bis heute Grundlage unserer privaten Rechtsbeziehungen und ist Vorbild vieler Rechtsordnungen weltweit. Deutschland wurde zu einem einheitlichen Rechtsraum. Udo di Fabio schreibt dazu, es „herrschten im kaiserlichen Deutschland ... rechtsstaatliche Sicherungen der bürgerlichen Freiheit durch gesetzmäßige Verwaltung und unabhän-



Kaiser Wilhelm I., König von Preußen (1862-1888) in einer Darstellung des Malers Gustav Richter. Deutscher Kaiser war er ab 1871.

gige Gerichte, Wissenschaftsfreiheit, die Gewährleistung des Eigentums, grundlegende Garantien in den Ländern und vor allem landes- und reichsrechtliche Meinungs- und Pressefreiheit“. Das war damals in Europa nicht selbstverständlich. Erinnert wird oft nur an die Sozialistengesetze unter Bismarck. Den modernen brutalen Diktaturen des 20. Jahrhunderts hätten diese Repressalien nicht weiter, als ein müdes Lächeln entlockt. Der Reichstag verlängerte sie 1890 auch nicht. Die Sozialdemokratie setzte sich selbstbewusst für die „Massen“ ein und war damit erstaunlich erfolgreich. Die Arbeitszeit wurde drastisch gekürzt, Arbeitsschutzgesetze wurden eingeführt, der Kinder- und Mutterschutz ausgebaut. In gewisser Weise waren die von Bismarck eingeführten Sozialversicherungen auch dem revolutionären Brodeln der Sozialdemokratie zu verdanken. Um 1900 galt Deutschland als führender Sozialstaat Europas und der Vorwärts resümierte 1899: „Unsere Sache hat große Fortschritte zu verzeichnen in Deutschland wie in allen übrigen Kulturländern.“

Und auch die Demokratie war weit fortschrittlicher, als viele glauben. Auf Reichsebene hatte jeder (männliche) Deutsche eine volle Stimme, ohne Ansehen von Stand und Herkunft. Udo di Fabio schreibt in seinem Buch „Die Weimarer Verfassung“: „Denn das Kaiserreich durfte sich im internationalen Ver-



Das Porträt zeigt Reichskanzler Bismarck in der Pose des selbstbewussten und erfolgreichen Staatsmannes auf dem Höhepunkt seiner Macht.

gleich seinerzeit durchaus als respektable Demokratie verstehen ...“. Der wichtigste Akteur im Spiel der Kräfte war der Reichstag, Reichstagsreden wurden in den Zeitungen gedruckt und in der Gesellschaft diskutiert. Zeitweise bestand ein Drittel der Reichstagsabgeordneten aus Sozialdemokraten. Der Reichstag gewann erheblich an Einfluss, sodass in der Praxis von einer weitgehenden Parlamentarisierung der Politik des Kaiserreichs ausgegangen werden kann.

Auch gesellschaftlich war das wilhelminische Deutschland moderner als mancher glaubt. Der junge, technikbegeisterte Wilhelm II. hatte viel Verständnis für die fortschreitende dynamische Modernisierung der industriellen Gesellschaft (Eberhard Straub, „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“). Eine technisierte Großstadtkultur entstand. Künstliches Licht und fließendes Wasser, elektrische Straßenbahnen, in den Großstädten kamen U-Bahnen hinzu, und auch die ersten Automobile begannen die Straßen zu beleben: Die Technisierung war auch Grundlage für gesellschaftliche Modernisierung. Das Kaiserreich war zu einem Nationalstaat geworden, der an der Spitze des technischen Fortschritts stand und aktiv an der um 1880 beginnenden Globalisierung teilnahm. Schnelle Eisenbahn- und Schiffsverbindungen entstanden, die Kommunikationsnetze wurden ausgebaut – im

Zentrum Europas wuchsen die einstigen Kleinstaaten rasch zu einer Nation mit gemeinsamem Selbstverständnis zusammen. Der Kölner Historiker Jens Jäger beschreibt diese Entwicklung in seinem neuen Buch „Das vernetzte Kaiserreich“. Um 1900 gingen rund ein Drittel aller verliehenen Nobelpreise an deutsche Wissenschaftler und Forscher.

Die neuere Geschichtswissenschaft hat das wilhelminische Deutschland von vielen Ressentiments befreit. Die Historikerin Hedwig Richter schreibt: „Die These fügt sich in eine breite Forschung, die seit Langem der Exotisierung des Kaiserreichs widerspricht und weitgehend Einigkeit darüber erzielt hat, dass das dunkle Bild von einem rein repressiven Obrigkeitsstaat der pluralen Gesellschaft des Deutschen Reichs nicht gerecht wird.“

Geschichtspolitische Debatten

Die öffentliche Wahrnehmung des Kaiserreichs, beeinflusst von den Schulbüchern und dem Medienkonsum vergangener Generationen, wird nach wie vor von der Sichtweise der Vertreter der „Historischen Sozialwissenschaften“, insbesondere Wolfgang Mommsen und Hans-Ulrich Wehler, bestimmt. „Aus dem Geist des Militarismus entstanden, habe der Nationalstaat von 1871 sich zu einer Brutstätte des Antisemitismus und Radikationalismus entwickelt. Vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“ führe deshalb eine klare Linie der Kontinuität“, so beschreibt Christopher Nonn diesen Ansatz jüngst kritisch in einem Aufsatz. Die von ihnen vertretene These vom „deutschen Sonderweg“, besagt, dass sich die Entwicklung demokratischer Strukturen in Deutschland wesentlich vom europäischen Regelfall unterscheidet. Der deutsche Sonderweg sei in Wahrheit Ausdruck eines strukturellen Modernisierungsdefizits und führte letztlich in den Nationalsozialismus.

Einen nicht unbedeutenden Anteil an der öffentlichen Wahrnehmung des Kaiserreichs hatte die geschichtspolitische Debatte um das Buch „Griff nach der Weltmacht“ des Hamburger Historikers Fritz Fischer. Die Kontroverse um die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkriegs hatte eine enorme Erinnerungs- und geschichtspolitische Bedeutung insbeson-

dere auch, weil es sich nicht um eine rein akademische Fachdebatte handelte, sondern die Diskussion auch in der fachfremden Publizistik deutlichen Niederschlag fand. Im Kern ging es um Fischers These, dass das Kaiserreich schon vor dem Krieg eine deutsche Hegemonie in Europa angestrebt habe. Es habe versucht, als Nachzügler der europäischen Kolonialmächte nach der „Weltmacht“ zu greifen. Als politische Konzeption weise dieser „Griff nach der Weltmacht“ zudem über den Ersten Weltkrieg hinaus.

Seit der Jahrtausendwende ist eine Generation jüngerer Historiker herangewachsen, die in der Beurteilung und Interpretation des Kaiserreichs andere Wege gehen und zu neuen, positiveren Ergebnissen kommen. Insbesondere angelsächsische Wissenschaftler wie David Blackbourn als Wegbereiter, zuletzt aber auch Christopher Clark beurteilen das Kaiserreich differenzierter und sehen insbesondere keinen „deutschen Sonderweg“, der über die Reichsgründung in den Nationalsozialismus

derweg. Dieser neue Forschungsstand ist in der öffentlichen Wahrnehmung bisher noch nicht angekommen. Es dominieren immer noch die „Pickelhauben-Geschichten“. In einem Twitter-Beitrag benannte die Historikerin Hedwig Richter das Problem: „Auffällig ist die Diskrepanz zwischen der Forschung, die seit langem (30, 40 Jahre) ein differenziertes & positiveres Bild zeichnet, u dem öffentlichen Diskurs.“

Erinnerungskultur

Der Erste Weltkrieg und die Revolution von 1918 beendeten zwar das 1871 geschaffene Deutsche Kaiserreich. Der deutsche Nationalstaat überdauerte diese Erschütterungen. Das Kaiserreich hat eine ganze Reihe von Schwächen gehabt, insbesondere aus der heutigen Perspektive. Es gehört aber nicht in die Schmutzdecke der Geschichte. Ein bisschen Freude, ein bisschen Anerkennung und ein bisschen Stolz dürfte sich



Eröffnung des Reichstages 1912.

und nach Auschwitz führt. Insbesondere Clark betont vielfach die Normalität Preußens im europäischen Zusammenhang. In seinem Buch zum Ersten Weltkrieg „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ stellt er insbesondere die bislang in der Forschung häufig vertretene These von einer besonderen Kriegsschuld des Deutschen Kaiserreichs infrage.

Aber auch Christoph Nonn, Thomas Nipperdey und Hedwig Richter sehen im Kaiserreich eher den „Aufbruch in die Moderne“ als einen deutschen Son-

unsere Gesellschaft leisten. Dass Bismarck das Reich aus „Blut und Eisen“ schmiedete, muss dabei kein Hinderungsgrund sein. Das stört weder Italiener noch Amerikaner, deren Staatswerdungen nicht weniger gewalttätig abliefen. Geburten verlaufen blutig.

Ein differenzierter Blick, losgelöst von den bekannten Stereotypen des Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus – auch losgelöst von der Darstellung in Anton von Werners Gemälde – sollte angesichts der neueren Forschungsergebnisse möglich sein. *Markus Patzke*

03.b) Den Jahrestag der Staatswerdung verkannt.

150 Jahre Reichsgründung sollten Anlass zum Gedenken sein
Von Markus Patzke

Den Jahrestag der Staatswerdung verkannt

150 Jahre Reichsgründung sollten Anlass zum Gedenken sein

Das offizielle Deutschland hat den Gedenktag der Reichsgründung am 18. Januar 2021 weitgehend ausgeblendet. Auch der Bundespräsident scheint die Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte nicht wirklich zur Kenntnis genommen zu haben und belegt das Kaiserreich leider mit uralten, von der Wissenschaft längst widerlegten Stereotypen.

Schon bei seiner Rede am 3. Oktober 2020 zeigte sich bei Bundespräsident Steinmeier ein erstaunlich einseitig geprägtes Bild des Kaiserreichs, indem er betonte, „die nationale Einheit 1871 wurde erzwungen, mit Eisen und Blut, nach Kriegen mit unseren Nachbarn, gestützt auf preußische Dominanz, auf Militarismus und Nationalismus. ... Diese Glorifizierung des militanten Nationalismus, diese Verherrlichung des Krieges, des Heldentodes selbst von Kindesbeinen an, das war der unselige Geist der damaligen Epoche. Es war ein kurzer Weg von der Gründung des Kaiserreiches bis zur Katastrophe des Ersten Weltkrieges.“ Angesichts dieser Beurteilung der Einigungskriege auf europäischem Boden ist zu fragen, wie denn die Insurrektion der amerikanischen Kolonien gegen die britische Krone, der zu einem acht Jahre währenden blutigen Unabhängigkeitskrieg und der Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika führte, heute beurteilt werden muss? Auch die Vollendung der Einheit Italiens benötigte drei Kriege (gegen Österreich), die Teil des Risorgimento waren. Wie an anderer Stelle dieser Zeitschrift beschrieben, waren Militarismus und Nationalismus eben auch nicht allein charakterisierend für das Kaiserreich. Hinzugefügt sei, dass der konservative Widerstand gegen Hitler die Erinnerung an das Kaiserreich zunehmend als Legitimationsobjekt für sich beanspruchte.



Schloss Bellevue, 16. Januar 2012: Abendessen zu Ehren von Georg Friedrich Prinz von Preußen in Schloss Bellevue – Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina mit Georg Friedrich Prinz von Preußen und Sophie Prinzessin von Preußen.

„Kein Verlangen“?

Das offizielle Gedenken der Bundesrepublik Deutschland an den 150. Jahrestag der Reichsgründung beschränkte sich auf eine Veranstaltung im Schloss Bellevue. Nach einer einleitenden Ansprache des Bundespräsidenten ging es in dem Gespräch um Fragen von Zusammenhalt und Identität (was macht eine Nation aus?), um Modernisierung und ihre Folgen, um Politisierung und Populismus, das Verhältnis von Nationalstaat und Europa und um Deutschlands Rolle in einer multipolaren Welt. Der Bundespräsident diskutierte dazu mit Héléne Miard-Delacroix, die deutsche Zeitgeschichte an der Universität Sorbonne in Paris lehrt, Christina Morina, Professorin für Allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld, und Eckart Conze, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Marburg. Sir Christopher Clark, der in Cambridge als

Experte für Deutschland und das Europa des 19. Jahrhunderts lehrt, war per Video zugeschaltet. In seinen einleitenden Worten bemerkte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Nach einer nationalen Feier der Reichsgründung verlangt, so mein Eindruck, heute niemand. Der 18. Januar ist kein Datum, das im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wirklich präsent ist. ... Wir Deutschen stehen dem Kaiserreich heute (so) beziehungslos gegenüber ...“

Erinnerungskultur

Am 17. August 1991 wurden die Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. von der Burg Hohenzollern nach Potsdam umgebettet. 60.000 Menschen sind an den beiden Zinksärgen im Ehrenhof von Schloss Sanssouci vorbeidefiliiert. Nur Bundeskanzler Kohl und der Prinz von Preußen Louis Ferdinand (1907-1994) waren dabei, als der Zink-

sarg Friedrichs des Großen um Mitternacht in die Sanssouci-Terrasse eingelassen wurde. Die Teilstreitkräfte der demokratischen Bundeswehr standen Spalier. Bundeskanzler Helmut Kohl wollte das gebrochene Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte heilen.

2000 Jahre nach der Varusschlacht, im Jahr 2009, fanden zahlreiche Veranstaltungen zur Erinnerung an die Geschehnisse statt. Im Römermuseum in Haltern am See, im Museum und Park Kalkriese und im Lippischen Landesmuseum in Detmold waren die drei Ausstellungen des gemeinsamen Ausstellungsprojektes „Imperium. Konflikt. Mythos. 2000 Jahre Varusschlacht“ zu sehen. Es war die größte historische Sonderausstellung in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit der Ausgabe einer Sonderbriefmarke am 4. Juni 2009 erinnerte die Bundesrepublik Deutschland an die Varusschlacht. Wer hat danach verlangt und welche Beziehungen haben wir zu den Stämmen der Germanen?

2010, aus Anlass ihres 200. Todestages, stand die preußische Königin Luise (1776-1810) im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des öffentlichen historischen Gedächtnisses. Drei große Ausstellungen und zahlreiche Veranstaltungen an den Schauplätzen ihres Lebens beleuchteten Leben und Mythos Luises aus unterschiedlichen Perspektiven.

Am 24. Januar 2012 jährte sich der Geburtstag Friedrichs des Großen zum 300. Mal. Im Berliner Konzerthaus am

Gendarmenmarkt fand ein gemeinsamer Festakt der Länder Berlin und Brandenburg zum 300. Geburtstag des Preußenkönigs statt, an welcher der damalige Bundespräsident Christian Wulff teilnahm. Zudem hatte er Georg Friedrich Prinz von Preußen, den derzeitigen Chef des Hauses Hohenzollern und Nachfahren des Königs, zu einem Abendessen eingeladen. Niemand hat sich daran gestört, dass der Bundespräsident hier einen absolutistischen König ehrte.

Zum 200. Geburtstag Otto von Bismarcks am 1. April 2015 ehrte ihn die Bundesrepublik mit einer Sonderbriefmarke. Das Finanzministerium begründete das: „Der 200. Geburtstag bietet die Gelegenheit, sich der vielschichtigen Persönlichkeit und des Erbes dieser 'dominanten Figur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vielleicht sogar des gesamten Jahrhunderts' (Henry Kissinger) neu zu nähern.“

Alles das sind positive Beispiele der Beschäftigung mit preußisch-deutscher – sogar römisch-germanischer – „Geschichte, die auch eine gewisse Kohärenz in der Erinnerungskultur erkennen lassen. Es scheint, dass die preußische Geschichte einen festen Platz in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik hat. Umso erstaunlicher ist es, dass der Akt der Reichsgründung, mit seinen weitreichenden Folgen bis heute, nicht in dem Maße für gedenkenswert erachtet wird, wie das bei früheren Jubiläen der Fall war.



Beisetzung der Särge Friedrichs des Großen und seines Vaters Friedrich Wilhelm I. in Potsdam, 17. August 1991: Aufbahrung des Sarges Friedrichs des Großen im Ehrenhof des Schlosses Sanssouci mit Ehrenwache der Waffengattungen der Bundeswehr.



Entwicklung des 18. Januar

Denn durchaus ist der Tag auch schon anders begangen worden. „Der 18. Januar ist eine monarchistische, erst in der Republik gegen die Republik erfundene Feier“, urteilte das SPD-Organ „Vorwärts“ 1929 – eine Einschätzung, die von der Forschung zum Teil bestätigt wird. Tatsächlich sind die Feiern zum Gründungstag des Deutschen Kaiserreiches 1871 erst in der Weimarer Republik populär geworden. Während des Kaiserreiches stand eher der 2. September als Tag des Gedenkens an die Schlacht bei Sedan am 2. September 1870 im Mittelpunkt. In der Weimarer Republik und in der ersten Jahren der Nazi-Zeit wurde der 18. Januar als Gedenktag – häufig im akademischen Milieu und an den Universitäten – begangen.

Die DDR gab die Feiern zum Reichsgründungstag völlig auf. Anders die Bundesrepublik Deutschland. Bundestagspräsident Hermann Ehlers hatte 1951 anlässlich eines Gedenkens im Bonner Parlament gesagt: „Was uns mit der Zeit vor 80 Jahren verbindet, ist der Wille, mit den Mitteln und Möglichkeiten der Zeit der Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes zu dienen.“ Zehn Jahre später stellte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier an gleicher Stelle fest, dass der Bundestag „der legitime Platzhalter eines künftigen gesamtdeutschen Reichstages“ sei. „Darum gedenken wir des Deutschen Reiches heute, an seinem 90. Geburtstag, nicht als einer vergangenen, sondern als einer aus der Vergangenheit in die Zukunft der Deutschen greifenden, lebendigen Größe.“

Am 18. Januar 1971 – 100 Jahre nach dem Ereignis – brachte die Deutsche Bundespost und die Deutsche Bundespost Berlin jeweils eine motivgleiche Sonderbriefmarke 100 Jahre Reichsgründung zu 30 Pfennig heraus. Dies entsprach dem damaligen Porto für einen Standardbrief. Am 24. November 1971 wurde eine Gedenkmünze zum Nennwert von fünf Deutsche Mark ausgegeben, die das gleiche Ereignis würdigte. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt, der das deutsche Kaiserreich durchaus kritisch sah, nannte die Reichsgründung anlässlich einer Veranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum 1971 noch einen „nationalgeschichtlichen Höhepunkt“ und ließ durch seinen Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, einen Kranz der Bundesregierung am Grab des Fürsten von Bismarck in Friedrichruh niederlegen. Schon 1965 anlässlich des 150. Geburtstages von Bismarck hatte Willy Brandt die Reichsgründung als „zu Stolz doch wirklich Grund“ bietend bezeichnet. Man sah sich geschichtlich immer noch in der Tradition des 1871 gegründeten Deutschen Reiches und der von Bonn vertretene nationale Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR erklärt wenigstens zum Teil, warum der 100. Jahrestag der Reichsgründung festlich begangen wurde. Das Gedenken an den 18. Januar hatte auch etwas mit der bundesdeutschen Wiedervereinigungspolitik zu tun. Das hat sich mit der Einheit vom 3. Oktober 1990 erledigt.

Warum aber 30 Jahre nach der zweiten deutschen Einheit der 150. Jahrestag der ersten staatlichen Einheit der Deutschen nur eine akademische Diskussion mit dem moderierenden Bundespräsi-



Schloss Bellevue, 13. Januar 2021: 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches – Diskussion von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit den Historikerinnen und Historikern Sir Christopher Clark (per Video aus London zugeschaltet), Christina Morina, Héléne Miard-Delacroix und Eckart Conze (v.l.n.r.) im Großen Saal.

denten wert ist, bleibt unverständlich. Denn das Erstaunliche an der Bismarckschen Reichsgründung ist doch, dass dieses Reich 1918 das Verschwinden der Monarchie überlebte. Und der britische Verfassungshistoriker Oliver F. R. Haardt hat in seinem umfangreichen, gerade erschienen, Werk „Bismarcks ewiger Bund“ festgestellt: „Einige Strukturmerkmale des heutigen deutschen Bundesstaates stehen nach wie vor in der Tradition jener Föderalordnung, zu der sich die deutschen Einzelstaaten ... 1871 zusammenschlossen.“ Es gibt eine völkerrechtliche, historische und kulturelle Kontinuität zu diesem ersten Reich, in dem sich die Deutschen versammelten.

Und offensichtlich irrte Bundespräsident Steinmeier, als er feststellte, dass

wohl niemand nach einer nationalen Feier der Reichsgründung verlange. Im kollektiven Wissensarchiv des 20. Jahrhunderts ist die Erinnerung an den 18. Januar durchaus präsent. Der Hashtag #150JahreVaterland trendete innerhalb weniger Stunde auf Platz eins bei Twitter. Am Ende ist es nicht der medienwirksame Lärm aktivistischer Gruppen nach „Auslöschung“ von Denkmälern und Verbannung in Schulbücher und „Fernsehdokus“ (Hedwig Richter), sondern der breite öffentliche Diskurs, der die Debatte bestimmt.

Der 18. Januar muss fester Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur sein, um Zugänge zu unserer Geschichte zu eröffnen und um Entwicklungen nachzeichnen zu können, nicht unbedingt als Jubeltag, wohl aber als Chance zum historisch-kritischen Gedenken. Und wer heute meint, historische Ereignisse oder bestimmter Persönlichkeiten nicht mehr erinnern oder gedenken zu können, weil die moralischen Ansprüche heute – hundert Jahre später – ganz andere sind, der beraubt sich gerade dieser Chance. Genau das ist zu Beginn diesen Jahres, am 18. Januar, geschehen. Dabei hätte es Grund genug gegeben, diesen wichtigen Meilenstein unserer Geschichte wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken und neben der historisch-kritischen Betrachtung hätte ein bisschen Stolz auch nicht geschadet.

Markus Patzke

Bundesbildstelle (1); Gölflner (1)

INFO

Aktuelle Bücher zur Reichsgründung und zum Kaiserreich

Haardt, Oliver F. R., *Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs. Die Entwicklung vom Fürstenbund zur Reichsmonarchie: interdisziplinäre Studie zur Reichsgründung 1871 und ihren Auswirkungen*, Darmstadt 2020.

Nonn, Christoph, *12 Tage und ein halbes Jahrhundert: Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, München 2020.

Jahr, Christoph, *Blut und Eisen: Wie Preußen Deutschland erzwang*, München 2020.

Bendikowski, Tilman, *1870/71: Der Mythos von der deutschen Einheit*, München 2020.



04) Königsberger Gebiet: Endlich in die Heimat. Vor 30 Jahren wurde die Sperrzone aufgehoben

Von Bärbel Beutner

Königsberger Gebiet: Endlich in die Heimat

Vor 30 Jahren wurde die Sperrzone aufgehoben

Bis 1990 war das Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad) als Teil der früheren deutschen Ostgebiete von der Bundesrepublik Deutschland – jedoch nicht von der DDR – als völkerrechtlich unter sowjetischer Verwaltung stehend betrachtet worden, auch wenn der Oberste Sowjet der UdSSR das Gebiet mit eisfreiem Zugang zur Ostsee bereits am 17. Oktober 1945 annektierte und per Erlass am 7. April 1946 über die Eingliederung in die RSFSR verfügte.

Erst 1991 wurde das bis dahin für Besucher gesperrte Gebiet im Zuge der Perestrojka wieder für ausländische Gäste geöffnet. So kamen unter anderem vorübergehend viele „Heimwehtouristen“ in die Oblast, die seit der Auflösung der Sowjetunion zur Russischen Föderation gehört. Mit der politischen Öffnung wurde die Bausubstanz verstärkt erhalten. Dies betrifft einige repräsentative Kirchen wie den Königsberger Dom und einige Dorfkirchen, aber auch andere vereinzelte Bauwerke wie die Königin-Luise-Brücke. Die Welt hat reichlich Sor-

gen in diesem Jahr 2021, aber Gedenktage und Jubiläen gibt es auch. Der 75. Todestag des schlesischen Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann steht an, und schaut man weiter in die Weltliteratur, so jährt sich der 700. Todestag des Dichters Dante Alighieri („Die Göttliche Komödie“). Der russische Dichter Fjodor Michailowitsch Dostojewski („Schuld und Sühne“ bzw. „Raskolnikow“, „Die Dämonen“, „Die Brüder Karamasow“) wurde vor 200 Jahren geboren und starb vor 140 Jahren.

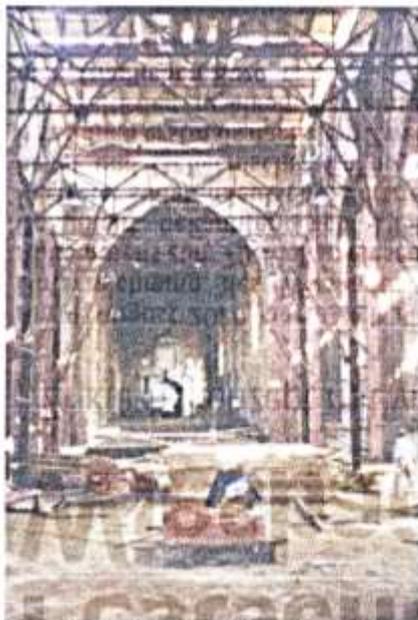
Für die früheren deutschen Bewohner

des Königsberger Gebietes wird 2021 ein Gedenkjahr, von dem die Welt wohl kaum Notiz nehmen wird. Ihre Heimat war 46 Jahre lang militärisches Sperrgebiet, für sowjetische Staatsbürger nur unter besonderen Bedingungen zu bereisen, für Ausländer und gar für die früheren deutschen Bewohner gänzlich verschlossen. 1991 trat ein, was man schon gar nicht mehr geglaubt hatte: Am 1. Februar 1991 wurde es möglich, offiziell mit Visum in die Kaliningrader Oblast zu reisen.

Spurensuche

Die ersten Reisen fanden unter manchmal abenteuerlichen Umständen statt. Man muss sich die politischen Verhältnisse damals vergegenwärtigen. Der Kalte Krieg war durchaus noch nicht Geschichte, Perestrojka machte die ersten Gehversuche, überall Umbruch und Unsicherheit, noch keine ausgebauten und geregelten Grenzübertritte, Wartezeiten an den Grenzen konnten Stunden, manchmal Tage dauern – aber das Glück, „da gewesen zu sein“, überwog alles.

Es gab die unterschiedlichsten Reaktionen auf das Wiedersehen mit der alten Heimat. Alle wollten wissen, ob sie noch etwas „wiederfinden“, das Elternhaus,



Das Hauptschiff des Königsberger Doms während der Renovierungsarbeiten im Jahr 1994.



Der Königsberger Dom im Jahr 1998. Im Oktober 1998 wurde er – mit Unterstützung deutscher Organisationen – wiedereröffnet.

die Schule, den Dorfkrug oder was auch immer. Da gab es manche Enttäuschung. Schließlich befand man sich in einem der verheerendsten Kampfgebiete des Krieges. Das detaillierte Buch „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski gibt Auskunft darüber. Mir wird immer das kleine Gespräch mit einer Mitarbeiterin des „Hotels Kaliningrad“ in Erinnerung bleiben, die etwas Deutsch sprach. Sie erzählte, wie sie deutsche Besucher begleitet habe, die nichts mehr vorfanden und weinten. „Das ist uns dann so schade“, kam es voller Mitgefühl. Als ich ihr sagte, wie viel ich in meinem Heimatdorf vorgefunden habe, sagte sie: „Sie sind eine glückliche Frau!“ Ein Satz, der mich immer mahnt, wenn ich unzufrieden werde.

„Brücken bauen“

Manche Landsleute waren dankbar, die Heimat noch einmal gesehen zu haben und wollten es dabei bewenden lassen. Andere beschlossen, sich jetzt, wo endlich die Möglichkeit bestand, vor Ort für eine fruchtbare Russisch-Deutsche Zusammenarbeit einzusetzen. „Brücken bauen“, das war das Ziel aller Bemühungen und Aktivitäten. Die Offenheit und die Gastfreundschaft auf der russischen Seite ließen schnell Freundschaften entstehen, enge Verbindungen im Laufe der Jahrzehnte.

Hier können die zahlreichen Projekte und gelungenen Ergebnisse nur angedeutet werden. Es soll nur an eine „Sensation“ erinnert werden, die sich vor nunmehr 30 Jahren ereignete. An Heiligabend 1990 landeten vier Deutsche im Hafen von Königsberg mit dem russischen Frachter „Amur 2513“. Wie war das möglich? Der damalige Kreisvertreter von Fischhausen, Louis-Ferdinand Schwarz, hatte in dem Patenkreis Pinneberg zu einer Spendenaktion aufgerufen, bei der 60.000 DM zusammenkamen. Es gab in der deutschen Presse den Aufruf „Helft Russland!“ Schwarz wandelte den Aufruf in „Samlandhilfe“ um, für die eingegangenen Spenden wurden mit Hilfe der Bundeswehr Lebensmittelpakete mit einem Gesamtgewicht von 21 t gepackt, und es gelang dem Kreisvertreter, bei der russischen Botschaft ein Sondervisum vom 19. bis zum 29. Dezember für vier Personen zu bekommen. Die Delegation war auf der russischen Seite zu Gast. Die damaligen Presseberichte enthalten zahlreiche Namen von Personen, die bald zu Freunden werden sollten. Im September 1991 kamen bereits russische Gäste zum jährlichen Kreistreffen der Fischhausener in Pinneberg, auch das damals eine Sensation.

Nun wollen wir hoffen, dass die Hindernisse durch Corona bald aufhören und die gegenseitigen Besuche wieder möglich werden, die vor 30 Jahren beginnen konnten.

Bärbel Beutner

Patzke f2); Kulturstiftung (1)

05) Ermittlungen zum Tod von Jan Masaryk eingestellt

Der Tod von Jan Masaryk wird vermutlich nie endgültig aufgeklärt werden. Sicher weiß man heute nur, dass Masaryk am Abend des 9. März 1948 noch am Leben war. Aber dann, in den Morgenstunden des 10. März 1948 wurde im Hof des Czernin-Palais im Prager Burgviertel die Leiche des damaligen Außenministers Jan Masaryk gefunden. Die Frage, ob es Selbstmord, Mord oder ein Unfall war, beschäftigt Polizei und Öffentlichkeit in Tschechien bis heute. Nun wurde ein weiteres Untersuchungsverfahren ergebnislos eingestellt.

[Bitte sehen Sie hier, was „Radio Prag“ darüber berichtet.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 31 / 2020

Wien, am 11. März 2021

Ermittlungen zum Tod von Jan Masaryk eingestellt.

Von Daniela Honigmann und Eva Kézrová

10.03.2021



Länge 4:29. Dokumentation zum Tod von Jan Masaryk.
Foto: Michaela Danelová, Archiv des Tschechischen Rundfunks

<<https://deutsch.radio.cz/sites/default/files/audios/871e81bb5f32ba171795a9b572b07bd1.mp3>>

Vor genau 73 Jahren, in den Morgenstunden des 10. März 1948, wurde im Hof des Czernin-Palais im Prager Burgviertel die Leiche des damaligen Außenministers Jan Masaryk gefunden. Die Frage, ob es Selbstmord, Mord oder ein Unfall war, beschäftigt Polizei und Öffentlichkeit in Tschechien bis heute. Nun wurde ein weiteres Untersuchungsverfahren ergebnislos eingestellt.



Jan Masaryk.
Foto: Archiv des tschechischen Außenministeriums

Der Tod von Jan Masaryk wird vermutlich nie endgültig aufgeklärt werden. Sicher weiß man heute nur, dass Masaryk am Abend des 9. März 1948 noch am Leben war. Am nächsten Morgen wurde sein lebloser Körper direkt unter dem Fenster seiner Dienstwohnung im Außenministerium gefunden. Was in der Zwischenzeit passiert ist, wurde zunächst im Auftrag der herrschenden Kommunistischen Partei untersucht. Schnell kam man damals zu dem Ergebnis, Masaryk hätte Selbstmord begangen.

Spätere Ermittlungen gingen eher von einem Unglücksfall und auch von Mord aus. Im Oktober 2020 wurde das insgesamt fünfte Untersuchungsverfahren aufgenommen – und am vergangenen Freitag ergebnislos wieder eingestellt. Aleš Cimbala ist Sprecher der Prager Staatsanwaltschaft:

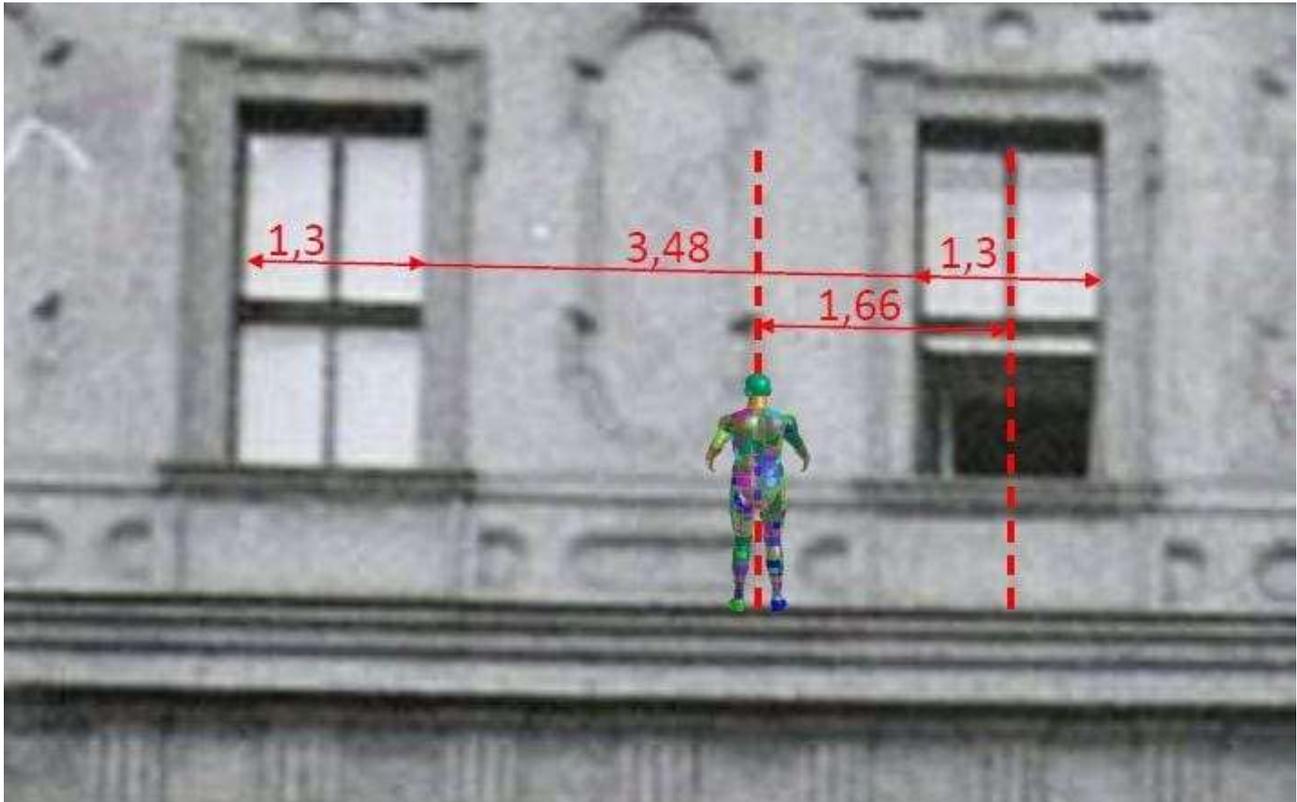


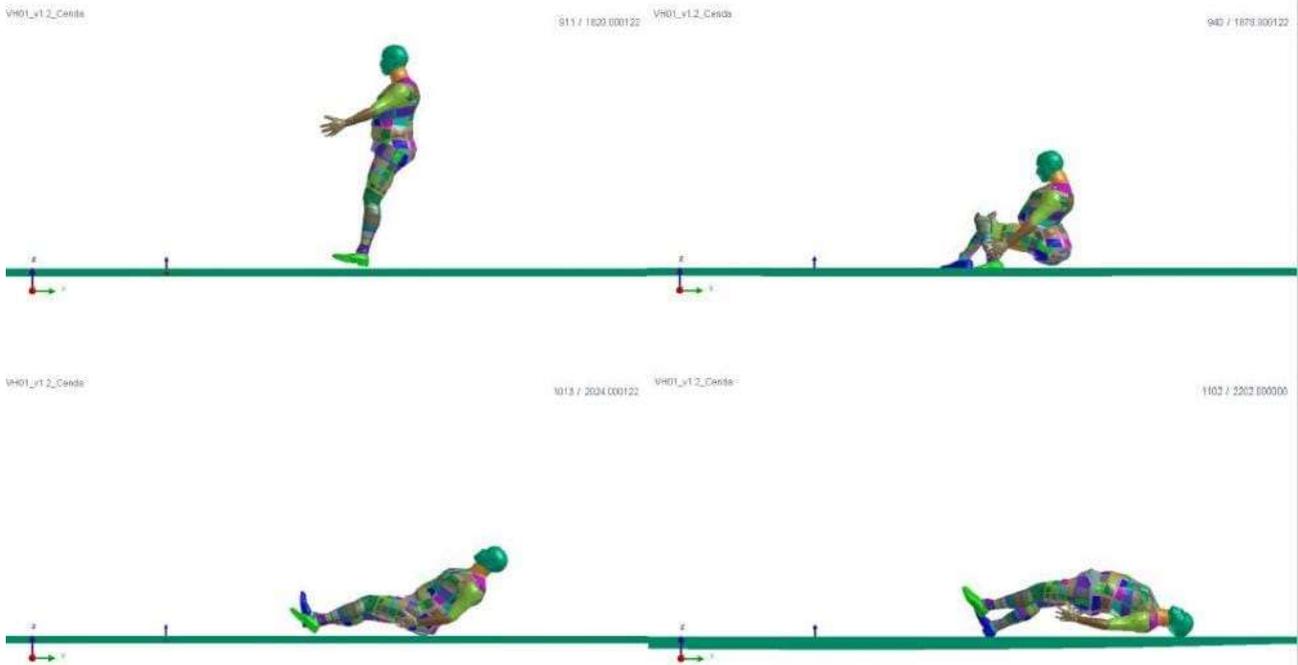
Foto: Jan Špička

„Im Verlauf der Ermittlungen wurden keine neuen Erkenntnisse erzielt, die auch unter Berücksichtigung früherer Ergebnisse einen eindeutigen und unzweifelhaften Schluss über die Todesumstände ermöglichen würden. Die Anwesenheit weiterer Personen beim Sturz aus dem Fenster kann weder bestätigt noch widerlegt werden.“

Der Tod des Sohnes von Republikgründer Tomáš Garrigue Masaryk wird oft in Zusammenhang gebracht mit der Machtübernahme der Kommunisten zwei Wochen zuvor. Anders als die anderen demokratischen Minister weigerte sich Jan Masaryk nämlich, sein Amt niederzulegen. In der Bevölkerung war er beliebt und sein plötzliches Ableben ein Schock.

Die Neuaufnahme der Ermittlungen hatte zwei Auslöser. Zum einen hatte der Tschechische Rundfunk 2019 eine bis dahin unbekannt Aufnahme von Vilibald Hofmann präsentiert. Der Polizist traf 1948 als erster am Tatort ein und widersprach 20 Jahre später in einem privaten Gespräch der ursprünglichen Version der Ermittler. Die zweite Anregung ging aus aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen hervor, die es prinzipiell für möglich halten, dass Masaryk selbst gesprungen oder aus Versehen hinuntergestürzt sein könnte. Martin Čermák ist einer der Verfasser der Analyse:

„Ich wende mich gemeinsam mit dem Kollegen Jan Špička von der Westböhmisches Universität in Pilsen gegen die Ergebnisse der Ermittlungen von 2003. Auf Grundlage der heute bekannten Fakten kann ein Mord nicht eindeutig belegt werden. Möglich sind auch ein Selbstmord und ein Unfall. Alle Varianten sind gleichermaßen wahrscheinlich.“



Simulation des Sturzes Masaryks. Quelle: Archiv von Jan Špička



Jan Špička und Martin Čermák. Foto: Michaela Danelová, Archiv des Tschechischen Rundfunks

Die beiden Wissenschaftler haben nicht nur Archivmaterialien, Fotos und den Autopsiebericht erneut studiert. Zusätzlich wurden biomedizinische Untersuchungen im Forschungszentrum für neue Technologien an der Pilsener Universität durchgeführt, die eine Simulation des Fenstersturzes beinhaltete. Begleitende Versuche fanden auch direkt im Außenministerium statt. Noch einmal Čermák:

„Wir haben alle Daten zusammengetragen und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass sich Masaryk zuletzt an der Außenseite des Czernin-Palais befand. Er stand auf dem Sims mit dem Gesicht zur Wand zwischen zwei Fenstern, etwa einen Meter von ihnen entfernt.“



Foto: Archiv von Jan Špička

Die Analyse lautet, dass Masaryks Körper andere Verletzungen aufgewiesen hätte und auch ein anderer Fundort wahrscheinlicher sei, wenn der Minister aus dem Fenster gestoßen worden wäre.

Diese Variante deckt sich mit Untersuchungen aus den 1990er Jahren. Es ist also inzwischen so gut wie sicher, wie Masaryk gestorben ist. Unklar bleibt hingegen, warum der Minister auf dem Sims stand – ob aus freiem Willen oder unter Zwang. Die Kriminalbeamten gehen davon aus, dass zur Klärung dieser Frage weitere Forschungen in den Archiven der russischen Geheimdienste beitragen könnten.

Autoren: [Daniela Honigmann](#) , [Eva Kézrová](#)

Quelle:

<https://deutsch.radio.cz/ermittlungen-zum-tod-von-jan-masaryk-eingestellt-8711630>

06) Gedenken an den ersten Vertriebenentransport.

Hessische Landesbeauftragte: Beginn der 295 Eisenbahn-Transporte aus dem Sudetenland

Gedenken an den ersten Vertriebenentransport

Landesbeauftragte: Beginn der 295 Eisenbahn-Transporte aus dem Sudetenland

Weilburg. (dod) Der erste aller Vertriebenentransporte nach Hessen kam am 4. Februar 1946 aus Kuttenplan im Egerland mit 1.200 Personen in der Stadt Weilburg an. Es sollten weitere 294 Transporte aus dem Sudetenland in das neu geschaffene Bundesland Hessen mit jeweils 40 Waggons, in denen immer 30 Personen unterge-



bracht waren, folgen. Insgesamt kamen rund 400.000 aus ihrer Heimat im Sudetenland Vertriebene nach Hessen, die damit in unserem Bundesland die größte Gruppe unter den Heimatvertriebenen darstellen. Seit dem Jahr 2006 erinnert eine Gedenktafel im einstigen Weilburger Bahnhofgebäude (heute Rezeption eines Hotels) an die Ankunft des ersten Vertriebenentransportes in Hessen.

In den vergangenen Jahren wurde alle fünf Jahre in Weilburg der Ankunft des Vertriebenenzuges mit einer besonderen Gedenkveranstaltung gedacht. Aufgrund der Corona-Pandemie ist dies in diesem Jahr leider nicht möglich. Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Kreisverband Limburg-Weilburg legten zur Erinnerung auf dem Weilburger Friedhof einen Kranz nieder.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf unterstrich die Notwendigkeit, sich die Ereignisse vor 75 Jah-

ren zu vergegenwärtigen und an kommende Generationen weiterzugeben. Dies sei notwendig, um der geschichtlichen Wahrheit willen und zur Bewahrung eines würdigen Andenkens an die Opfer von Flucht und Vertreibung.

„Für diese Menschen war die Vertreibung eine Katastrophe. Sie hatten mehr verloren als ihr Hab und Gut, das sie zurücklassen mussten: Man hatte ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen. Sie hatten ihre Heimat verloren. Das menschliche Elend, das diese sogenannte, laut Potsdamer Protokoll 'geordnete Überführung' hervorrief, gehört zu den vielen schlimmen Kapiteln des zwanzigsten Jahrhunderts“, so Ziegler-Raschdorf.

Der BdV-Vorsitzende des Kreisverbandes Limburg-Weilburg, Josef Plahl, erinnerte außerdem daran, dass Menschen gekommen seien, die den Willen hatten, das Land aufzubauen. „Die Heimatvertriebenen haben einen wichtigen Beitrag zum politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes geleistet. Insofern ist deren Geschichte ein Teil der Geschichte des ganzen Landes geworden. Die Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches, dem Sudetenland und den angestammten Siedlungsgebieten in Ost-, in Mittel- und Südosteuropa ist daher nicht nur eine Sache der Vertriebenen selbst, sondern eine Angelegenheit des gesamten deut-



Josef Plahl, BdV-Kreisvorsitzender Limburg-Weilburg, Otto Riedl, Kreisobmann der SL-Limburg-Weilburg in Egerländer Tracht, Werner Richter, Zeitzeuge des Transportzuges (v.l.n.r.) vor der Gedenktafel zur Erinnerung an die Ankunft des ersten Vertriebenentransportes im ehemaligen Weilburger Bahnhofgebäude.

schen Volkes.“ Der 4. Februar des Jahres 1946 habe folglich einen berechtigten Platz in der Erinnerungskultur. In diesem Zusammenhang müsse auch Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) genannt werden, welcher Bund und Ländern die gesetzliche Verpflichtung für die Erinnerungs- und Kulturarbeit auferlege, verdeutlichte die Landesbeauftragte und zitierte die Autorin, Regisseurin und Bürgerrechtlerin Freya Klier mit ihrer beeindruckenden Forderung nach einem „11. Gebot“: Du sollst Dich erinnern! „Und wir in Europa haben aus der Historie gelernt, dass die Zukunft in unserem gemeinsamen europäischen Haus nur über den Weg der Versöhnung und Verständigung führen kann. Diesen Weg beschreiten wir seit Jahrzehnten und es sind gerade die

Vertriebenenverbände, die diesen Weg unermüdlich gehen – entgegen manchem Vorurteil. Als Landesbeauftragte bin ich sehr dankbar für die stetigen Bemühungen des BdV und der Sudetendeutschen Landsmannschaft um die Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen. Grundlage dieser Verständigung ist das gemeinsame historische und kulturelle Erbe. Schließlich besteht das deutsch-tschechische Verhältnis nicht nur aus Konflikten und einer leidvollen Geschichte. Vor den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts hatte es ein 800 Jahre langes einvernehmliches und fruchtbares Miteinander gegeben. Daran sollten wir wieder anknüpfen und darin eine Perspektive für die Zukunft sehen“, so Margarete Ziegler-Raschdorf abschließend.

07) Festschrift zum Wiesbadener Abkommen:
„Zukunftsvisionen mit visionären Zügen“

Festschrift zum Wiesbadener Abkommen

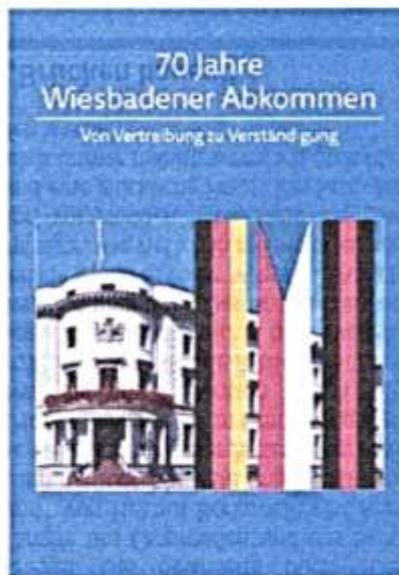
„Zukunftskonzept mit visionären Zügen“

Am 4. August 2020 jährte sich die Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens zum 70. Mal. In diesem Dokument bekannten sich 1950 Vertreter sudetendeutscher Vertriebener und tschechischer Exilorganisationen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem gemeinsamen, friedlichen Europa.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat würdigen in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – von Vertreibung zu Verständigung“ die große Bedeutung dieses Nachkriegsdokumentes. Die nun erschienene umfangreiche Festschrift versammelt Beiträge aus der Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Das Wiesbadener Abkommen stellt im Geiste echter und tiefer Versöhnung am Vorabend der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen ein wichtiges Friedenssymbol dar. Zu Recht kann man das Wiesbadener Abkommen als ein Fundament für die Einigung Europas betrachten. Bereits in der Eichstätter Erklärung 1949 und in der Detmolder Erklärung 1950 hatten sich sudetendeutsche Politiker für einen Verzicht auf Rache und für ein friedliches Zusammenleben mit den tschechischen Nachbarn ausgesprochen.

In seiner Einleitung zur Festschrift erklärt Reinfried Vogler, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, den historischen Rahmen des Wiesbadener Abkommens: „Es lag wohl an den noch frischen Wunden von beidenseits erlittenem Unrecht und Leid, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache und Gewalt zu unterbrechen, aber gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der



Handelnden und deren Mut, Neues durchzusetzen, dass mit diesem ersten Abkommen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaft visionäre Züge trug.“

Das Wiesbadener Abkommen bekundet den Wunsch beider Seiten, in der Tschechoslowakei demokratische Verhältnisse herzustellen und den Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen wird eine Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht abgelehnt. Die Schäden, die dem tschechischen Volk wie den Sudetendeutschen zugefügt wurden, sollten wiedergutmacht und die geistigen Urheber dieser Schäden bestraft werden. Über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse sollten die Völker in Freiheit entscheiden, heißt es im Abkommen.

Zur Entstehung der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von

Vertreibung zu Verständigung“ trug nachhaltig Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, bei. Auch Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, sowie der hessische Landesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstützten das Vorhaben. Die Festschrift (Broschur, 108 Seiten, ISBN 978-3-88557-246-6) ist bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft und beim Sudetendeutschen Rat erhältlich. Finanziell gefördert wurde die Erstellung der Festschrift maßgeblich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das Kulturamt der Stadt Wiesbaden.

Die Online-Buchvorstellung

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte eine öffentliche Veranstaltung im Jubiläumsjahr, in deren Rahmen die Publikation vorgestellt werden sollte, nicht mehr stattfinden. Die Publikation wurde daher am 25. Januar 2021 in einem von Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, moderierten Live-Stream präsentiert. Die Aufzeichnung dieser Übertragung ist auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo.

Anlässlich der Präsentation der Broschüre „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“ sagte Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: „Auch wenn die Broschüre klein und handlich ist, so ist sie doch inhaltschwer.“ Hessen hat nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 400.000 Menschen aus dem Sudetenland aufgenommen, die damals größte Gruppe der Heimatver-

triebenen im Bundesland. „Das Land Hessen fühlt sich mit den Sudetendeutschen in besonderer Weise verbunden“, betonte die Landesbeauftragte. Schon bald nach ihrer Ankunft hätten die Sudetendeutschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und sich am Wiederaufbau des Landes beteiligt. Wichtige Teile dieser Entwicklung stellt Margarete Ziegler-Raschdorf auch in ihrem Beitrag für die Festschrift dar.

Der Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig stellte die Beiträge der Broschüre vor. „Sechs Aufsätze beschäftigen sich in der Broschüre mit dem Wiesbadener Abkommen, das kaum bekannt war. Umso bedeutender ist es, dass man auch die mutigen Männer, die sich zu diesem Wiesbadener Abkommen entschlossen haben, nochmal würdigt“, fasste er zusammen. Mit Texten, die jeweils andere Schwerpunkte setzten, könne man die Tragweite des Wiesbadener Abkommens bis heute erahnen. Es habe damals von beiden unterzeichnenden Seiten viel Mut erfordert, diesen Weg zu gehen. „Es waren also mutige Männer, die sich die Hand reichten, zur Versöhnung schritten und zur Verzeihung bereit waren. Sie sollten mit dem Büchlein auch vor dem Vergessen bewahrt werden“, schloss Prof. Gornig seine Ausführungen.

„Nationalismus ist Feigheit und Dummheit zugleich. Aber um Frieden zu schließen, muss man tapfer sein“, schloss sich Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, an. „Das Wiesbadener Abkommen ist, zumindest für die Sudetendeutschen, vielleicht sogar wichtiger als die viel zitierte Charta der Heimatvertriebenen, obwohl es seltener zitiert wird“, sagte er. Das Abkommen wende sich ganz klar gegen jede Form von Totalitarismus und sei auch in seiner Absage an eine Kollektivschuld noch immer hochaktuell: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung im Sinne eines ‚nie wieder‘.“

Christa Naaf, Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, erklärte bei der Vorstellung der Festschrift: „Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen sind auf einem guten Weg des Aufarbeitens der Geschichte, auf einem guten Weg des Miteinanders.“ Die Festschrift diene



Vorstellung der Festschrift: „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“, im Bild Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Live übertragen am 25. Januar 2021.

dabei sowohl der mahnenden Erinnerung als auch als Aufforderung, den Auftrag der weltweiten Ächtung von Vertreibungen weiter zu verfolgen. „Ursachen und Umstände von Vertreibung und Flucht vor 70 Jahren und heute lassen sich nicht gleichstellen. Aber es lassen sich Lehren ziehen“, sagte Christa Naaf.

Abschließend dankte Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident

der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, den beteiligten Autoren sowie dem Land Hessen für die finanzielle Unterstützung der Broschüre. „Für mich ist das Wiesbadener Abkommen der Versuch, über Nationalitätengrenzen und auch andere weltanschauliche Grenzen hinweg, auf der Basis von bestimmten Grundwerten eine gemeinsame, friedliche Zukunft aufzubauen.“

(PM)

08) Gedenktag an die Vertreibung der Ungarndeutschen:
„Würdevolle Erinnerung an die, die gelitten haben“. Von Marc-P. Halatsch

Gedenktag an die Vertreibung der Ungarndeutschen

„Würdevolle Erinnerung an die, die gelitten haben“

Viktor Orbán, der Ministerpräsident Ungarns selbst, erinnerte am 75. Jahrestag des Beginns der Vertreibung der Ungarndeutschen, dem 19. Januar 2021, an ein viele Jahrzehnte unbeleuchtetes Kapitel ungarischer Geschichte. Gemeinsam mit dem Abgeordneten der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung, Emmerich Ritter, legte er in an der Gedenktafel am Bahnhof Wudersch (Budaörs) einen Kranz nieder.

Begegnung und Gedenken wurden, musikalisch unterlegt mit einer Aufnahme von „Am Brunnen vor dem Tore“, filmisch dokumentiert und in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. Orbán ließ kommentieren: „der 75. Jahrestag der Vertreibung der Ungarndeutschen. Grausam für die Opfer. Würdevolle Erinnerung an diejenigen, die gelitten haben“. In einer Zeit, in der aufgrund der Corona-Pandemie Gedenkveranstaltungen mit Publikum und Ansprachen nicht möglich sind, kann diese Form der Anteilnahme am Schicksal der Ungarndeutschen als deutliches Zeichen der Verbundenheit angesehen werden. Emmerich Ritter, selbst 1952 in Wudersch geboren, erklärte dankbar, der Ministerpräsident persönlich sei mit der Idee einer Kranzniederlegung auf ihn zugekommen.

Zeichen gegen Kollektivschuld

Seit 2013 begeht Ungarn offiziell diesen Gedenktag, um zu zeigen, dass mit Vertreibung und Deportation der Deutschen auch ein wichtiges Stück der eigenen Landesidentität preisgegeben wurde. Außerdem soll der Gedenktag ein Zeichen gegen Kollektivschuld setzen



Das Parlamentsgebäude in Budapest.

und darauf aufmerksam machen, welches Unheil der Zweite Weltkrieg und seine Folgen auch über Ungarn gebracht haben.

Stets sind bei den Gedenkveranstaltungen in Ungarn auch offizielle deutsche Vertreter zu Gast. Oft organisieren Ungarische Konsulate oder die Zweigstellen des Ungarischen Kulturinstitutes in Deutschland eigene Formate in ihrem Wirkungsbereich. In diesem Jahr gab es gleich zwei bemerkenswerte Aktionen.

Ein Projekt hatte das Generalkonsulat von Ungarn in München vorbereitet und zu einer virtuellen Gedenkveranstaltung eingeladen, die Video-Grußworte aus ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Bereichen mit einer Filmvorführung verband. Generalkonsul Gábor Tordai-Lejkó machte in seinen einleitenden Worten deutlich, dass Vertreibung und Verschleppung der Ungarndeutschen in russische Arbeitslager „keinesfalls eine humane Lösung“ waren. Die Betroffenen seien sämtlich

enteignet und ihnen die ungarische Staatsangehörigkeit entzogen worden. Ausdrücklich bezeichnete Tordai-Lejkó diese Aktionen als „Mittel der Vergeltung bzw. einer ethnischen und politischen Säuberung“. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhanges habe die Aufarbeitung der damaligen Ereignisse vorankommen können. Damit sei „eine neue, respektvolle Epoche in Ungarn“ eingeleitet worden. Heute würden die rund 185.000 Ungarndeutschen als Mitbürger geschätzt, hätten eine eigene politische Vertretung und würden staatlich in ihrer Kultur- und Sprachpflege gefördert.

Kooperationspartner für die Gedenkveranstaltungen des ungarischen Generalkonsulates in München ist das dortige Haus des Deutschen Ostens (HDO), dessen Direktor Prof. Dr. Andreas Otto Weber ebenfalls einen Videogruß sandte. Weber schilderte in aller Kürze die historischen Bedingungen, unter denen Vertreibung und Deportation der Ungarndeutschen zur Zwangsarbeit stattfanden.

Die bis ins hohe Lebensalter fortwirkenden Traumata der Betroffenen hätten seinen persönlichen Blick auf die damaligen Ereignisse sehr geprägt.

Grüße der Bundesregierung, insbesondere von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer, überbrachte der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius. Er verdeutlichte nochmals, dass Vertreibung und Verschleppung mehr als die Hälfte der damals in Ungarn lebenden Deutschen betroffen hatte. Diejenigen, die in ihrer Heimat hatten bleiben können, seien – ostblock-typisch – Opfer jahrzehntelanger „sowjetisch geprägter Unterdrückung“ geworden. Die „Landeselbstverwaltung der Ungarndeutschen“ sei aber nach den politischen Umbrüchen zu Beginn der 1990er Jahre schnell zu einem verlässlichen Partner einer Regierungspolitik geworden, die auf ein gedeihliches Miteinander der angestammten Ethnien ausgerichtet ist. Die guten Bedingungen in Minderheiten- und Sprachförderung würden dazu führen, dass sich heute sogar mehr Menschen zu ihrer deutschen Abstammung bekennen, als dies früher der Fall war, so Fabritius.

Sylvia Stierstorfer, Beauftragte für Aussiedler und Vertriebene der Bayerischen Staatsregierung, ergänzte in ihrer Videobotschaft, dass die Geschichte der Ungarndeutschen sowie von Vertreibung und Verschleppung „im Gegensatz zur Lage in manch anderem Nachbarland in der ungarischen Gesellschaft kein Tabu“ sei. Dies erleichtere auch grenzüberschreitenden Austausch und Zusammenarbeit.

Die vom Generalkonsulat organisierte Präsentation des ungarischen Historien-dramas „Ewiger Winter – Die Vergessenen des 2. Weltkriegs“ bildete den zweiten Teil der Veranstaltung. Auf eindringliche Weise wird darin vom Schicksal junger ungarndeutscher Frauen erzählt, die zu Weihnachten 1944 von der Roten Armee zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren. Unter menschenverachtenden Bedingungen zur Arbeit gezwungen, war die Sehnsucht nach der Familie – nach Kindern und Eltern – für viele von ihnen der Antrieb, das Leid zu ertragen und am Leben zu bleiben.

Die Einbindung eines Films in das Programm ist auch die inhaltliche Verbindung zur zweiten virtuellen Gedenkver-

anstaltung, die am 19. Januar 2021 stattfand: Das Ungarische Kulturinstitut in Stuttgart mit seinem Direktor Dr. Dezső B. Szabó hatte hierzu eingeladen und sowohl das Stuttgarter Ungarische Generalkonsulat als auch die Landsmannschaft der Ungarndeutschen sowie die Landeselbstverwaltung daran beteiligt.

Gezeigt wurde hier jedoch der Film „Endgültig ausgewiesen“, ein ungarischer Lehrfilm der 2018 fertiggestellt wurde und die Vertreibung der Ungarndeutschen aus der Gemeinde Sankt-Iwan (Pillsszentiván), nordwestlich von Budapest, thematisiert. Co-finanziert von der Ungarischen Akademie der Künste wurde eine filmische Spurensuche durchgeführt, in der Zeitzeugen interviewt und intensiv recherchiert wurde, um die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg nachzuvollziehen und „weiße Flecken in der Geschichte“ mit Farbe zu füllen. Wortbeiträge zur

Veranstaltung kamen vom Generalkonsul Ungarns in Stuttgart, Dr. András Izsák, vom Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Joschi Ament, von der Vorsitzenden der Landeselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Ibolya Hock-Engleder, und vom ungarischen Staatssekretär für Kirchen, Minderheiten und zivile Angelegenheiten, Miklós Soltész.

Die Beteiligten sämtlicher Veranstaltungen freuten sich, dass dem Gedenken auch unter Corona-Bedingungen ein gebührender Raum eingeräumt werden konnte. Da aber der Austausch unter den Teilnehmern im virtuellen Raum nur sehr eingeschränkt möglich ist, bleibt die Hoffnung darauf gerichtet, dass die digitalen Impulse nach Abklingen der Pandemie fortwirken und grenzüberschreitende Begegnung und Verständigung dann mit neuer Kraft weitergeführt werden. *Marc-P. Halatsch*